



Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise - Erklärungsansätze -

Norbert Reuter

ver.di Bundesvorstand/Bereich Wirtschaftspolitik

Bildungsreferentenkongress vom 11. – 13. Mai 2009

Beilngries

Dreifache Krise:

- Krise der Wirtschaft**
- Krise der Finanzmärkte**
- Krise der herrschenden
Wirtschaftswissenschaft**

Vorgeschichte

- In den letzten Jahrzehnten wurde ein als „Neoliberalismus“ bezeichneter ökonomischer Mainstream dominant:
- Credo:
 - „Der Markt“ tendiert automatisch zu einem optimalen Zustand („Gleichgewicht“) mit stabilem Wachstum und Vollbeschäftigung.
 - „Ungleichgewichte“ sind Folge fehlender Marktfreiheiten und vorhandener Markttridigkeiten.
- Forderungen:
 - Deregulierung
 - Flexibilisierung
 - Liberalisierung
 - Entstaatlichung

Hamburger Appell

Der Hamburger Appell wurde kurz vor der Bundestagswahl 2005 von Ökonomen der Universität Hamburg initiiert und von über

250 ProfessorInnen

der Volkswirtschaftslehre unterzeichnet.

Hamburger Appell

Auszüge:

- ***„Wer behauptet, Deutschland könne und müsse ein Hochlohnland bleiben, handelt unredlich oder ignorant.“***
- ***„Die unangenehme Wahrheit besteht darin, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur durch niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden, also durch eine verstärkte Lohnspreizung, möglich sein wird.“***
- ***„Eine Abfederung dieser Entwicklung ist durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft möglich.“***

Hamburger Appell

- ***„Das kaufkrafttheoretische Argument, in einer wirtschaftlichen Stagnation dürfe man sich nicht ‚kaputtsparen‘, ist bequem, aber falsch.“***
- ***„Die Konsolidierung der Staatsfinanzen erfordert weitreichende Einschnitte in allen Bereichen der öffentlichen Ausgaben.“***

Davon können auch die sozialen Sicherungssysteme nicht ausgenommen bleiben.

Wer Gegenteiliges behauptet, wird den wirtschaftlichen Herausforderungen Deutschlands nicht gerecht oder führt in populistischer Weise die Bürger in die Irre.“

Hamburger Appell

- ***„Deutschland muss willens sein, die zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit nötigen Anpassungen in ähnlicher Form zu leisten, wie z. B. Großbritannien, Finnland und Irland dies erfolgreich getan haben.***

Eine Wirtschafts- und Sozialunion mit Frankreich wäre wohl eher die Ehe des Lahmen mit dem Gebrechlichen.

Statt dessen brauchen wir Flexibilität, Innovationsbereitschaft, unternehmerische Initiative und Mut zur Veränderung.“

Politische Folgen

Angeleitet durch diesen Mainstream konzentrierten sich wirtschaftspolitische „Reformen“ vor allem

- auf Steuererleichterungen für „Leistungsträger“ und Unternehmen;
- auf eine „Entkrustung“ des Arbeitsmarktes (Hartz-Gesetze) und auf
- und auf eine umfassende Deregulierung der Finanzmärkte.

Vor allem mit der „Agenda 2010“ (2003ff.) fand diese Ideologie markanten Einzug in die Politik der Sozialdemokratie.

Pro „Agenda 2010“

***„Reformgegner Schuld an höherer Arbeitslosigkeit
Der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur
Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,
Wolfgang Wiegard, hat die Gewerkschaften aufge-
fordert, ihren Widerstand gegen die Agenda 2010
aufzugeben.***

***Wer die Reformen verhindern wolle, müsse auch die
Verantwortung für noch höhere Arbeitslosigkeit und
noch längere wirtschaftliche Stagnation übernehmen,
sagte Wiegard.“***

Spiegel Online, 3.4.2005

Vom
Aufschwung
über den
Abschwung
zur
Krise



Solidarisch aus der Krise

Zwei Millionen Arbeitsplätze
Profiteure zur Kasse

Wirtschaftsdesaster droht!	1
Vom „Wirtschaftswunder“ In die Rezession	4
„Agenda 2010“ – Aufschwung der schlechten Jobs	6
Finanzmärkte – völlig losgelöst?	8
Das Casino explodiert	10
Politik schafft Spielregeln ab	12
USA – kein Land der unbegrenzten Möglichkeiten	14
Exportweltmeister Deutschland	16
Internationale Koordination	18
ver.di Alternativen	20
Profiteure zur Kasse	23



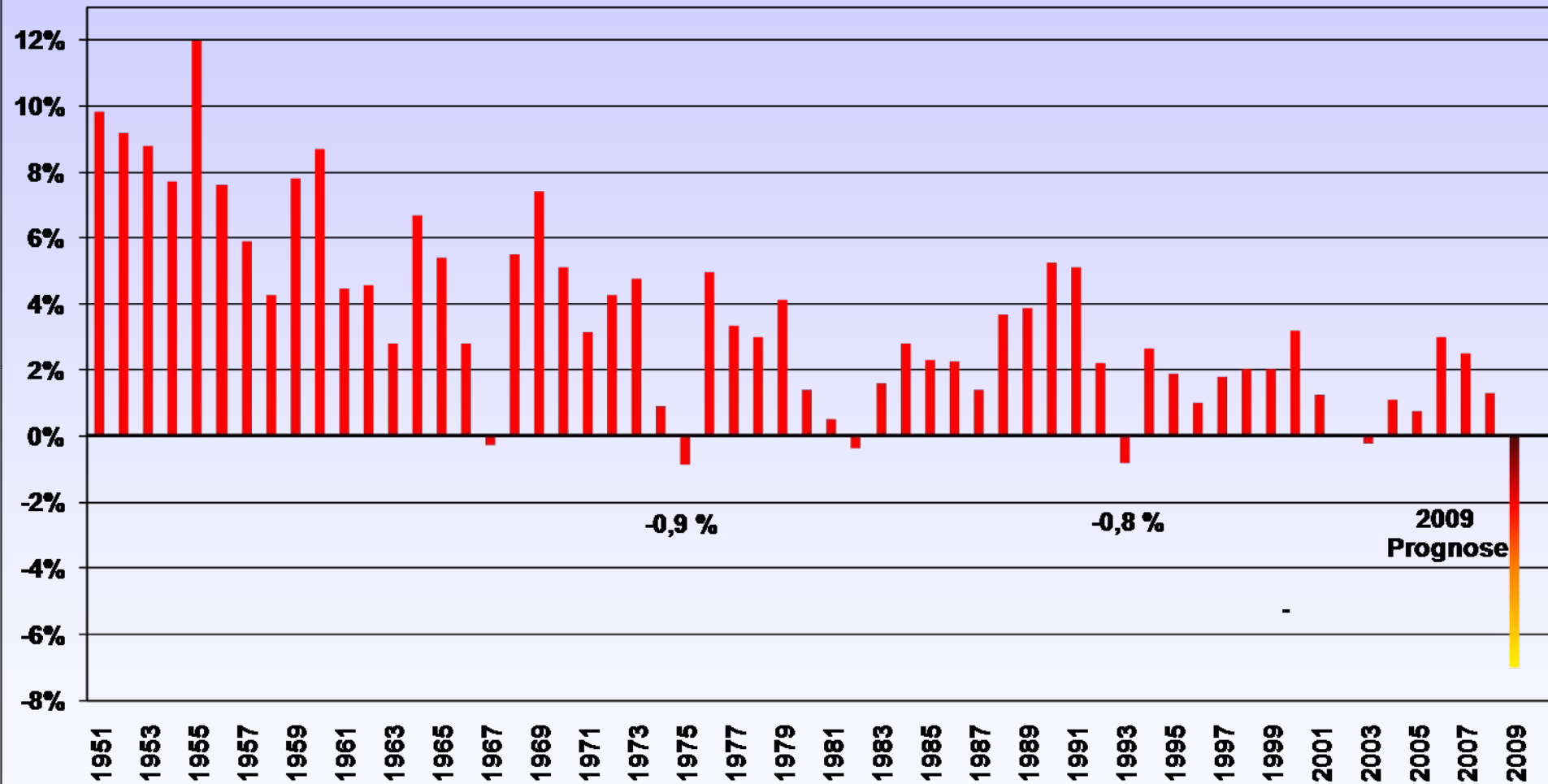
Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Vom Auf- zum Abschwung

- 2005 setzte ein konjunktureller Aufschwung ein.
- Überoptimismus machte sich breit.
- Vizekanzler Steinmeier sprach noch Mitte 2007 von einem „neuen Wirtschaftswunder“.
- Die „Agenda 2010“ wurde als Ursache präsentiert.
- Umschwung aber bereits ab 2. Quartal 2008.

Historischer Wachstumseinbruch

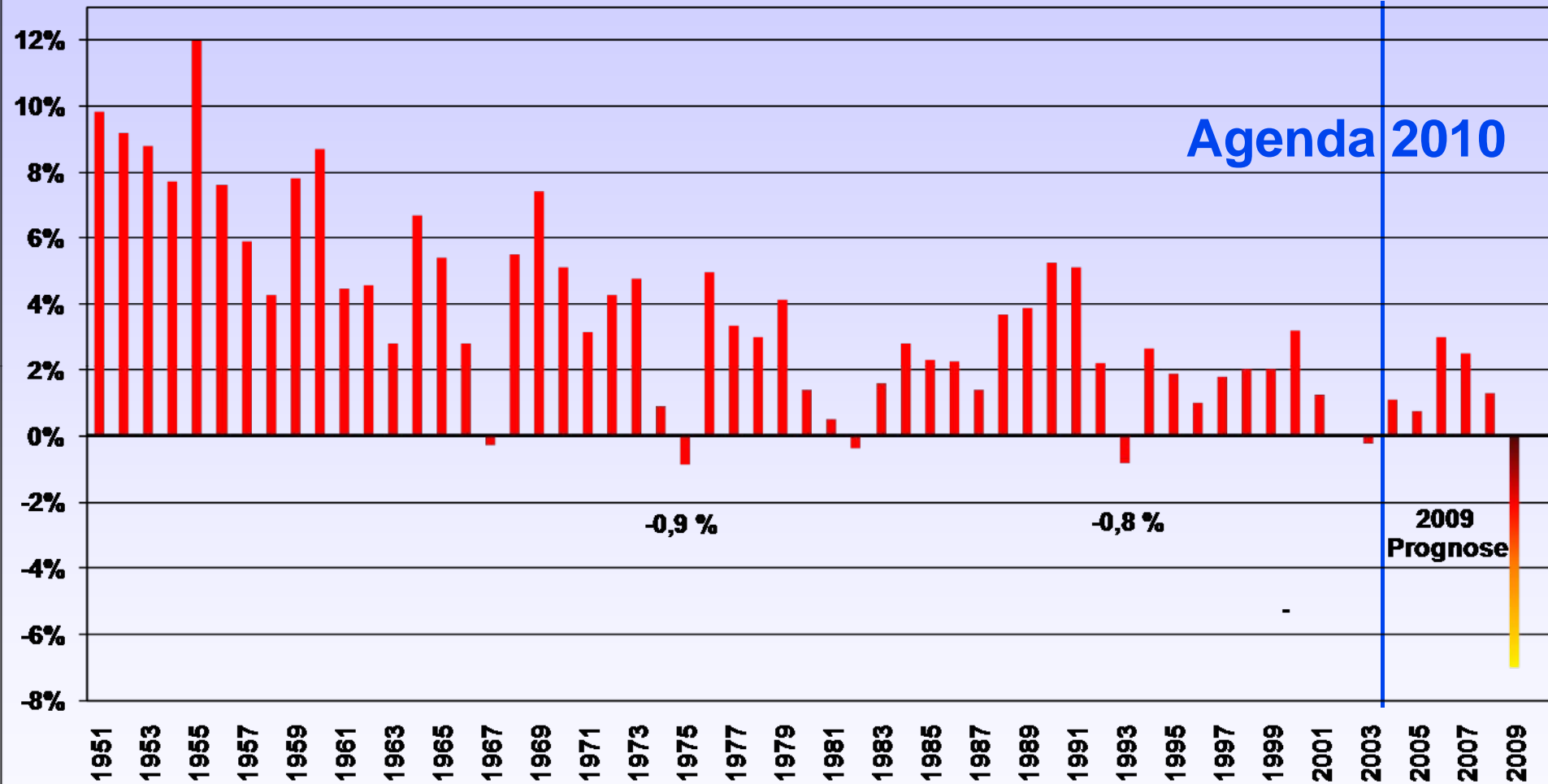
Reale Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Historischer Wachstumseinbruch

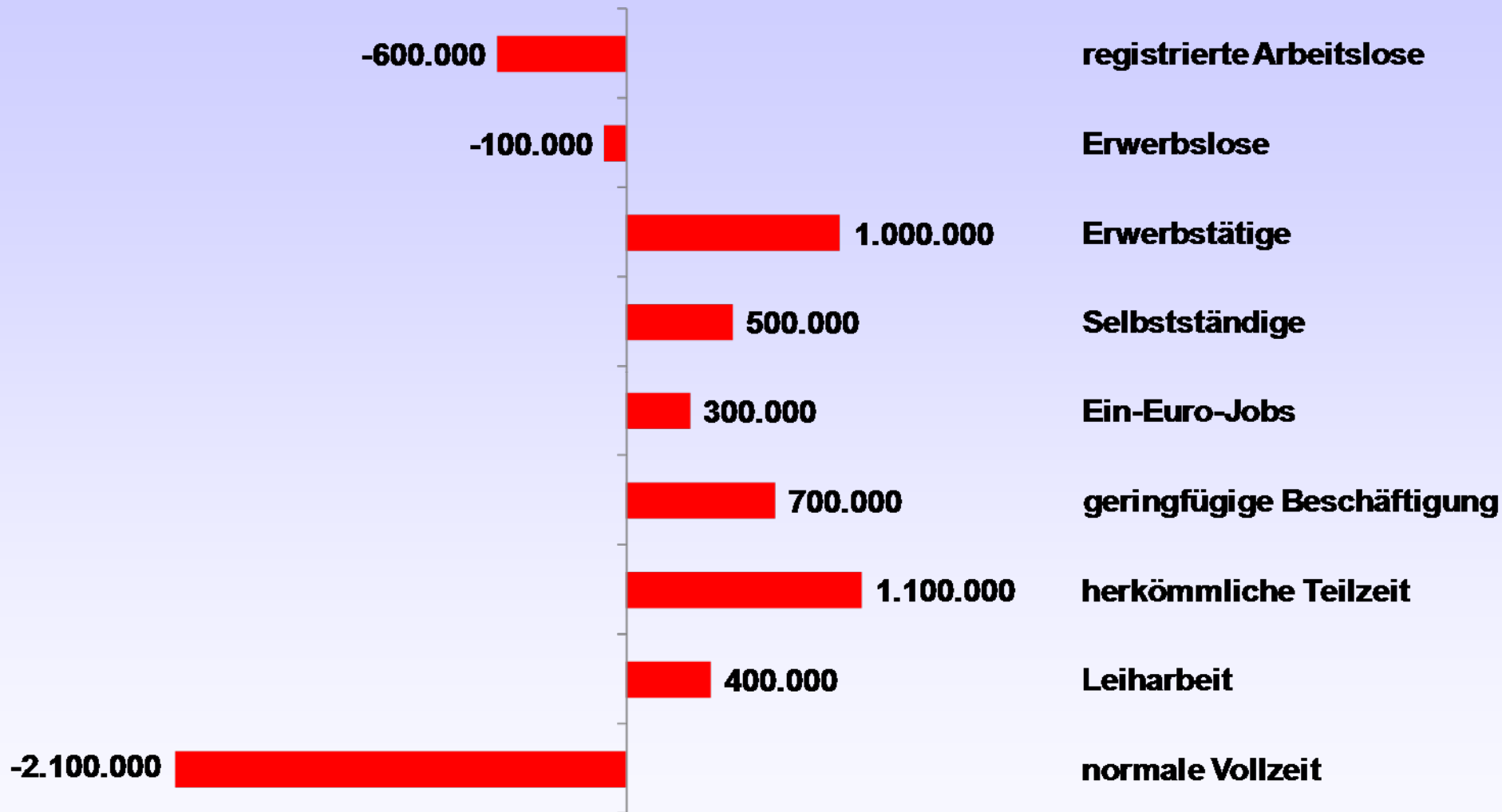
Reale Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Mehr Beschäftigung - aber was für welche?

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2001 bis 2008



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, auf 100.000 gerundet

Deutschlands anhaltende Probleme:

- Einerseits Exportweltmeister,
- andererseits „Suppenkaspar“ beim Binnenmarkt!

Diese Probleme wurden durch die „Agenda 2010“ verschärft!

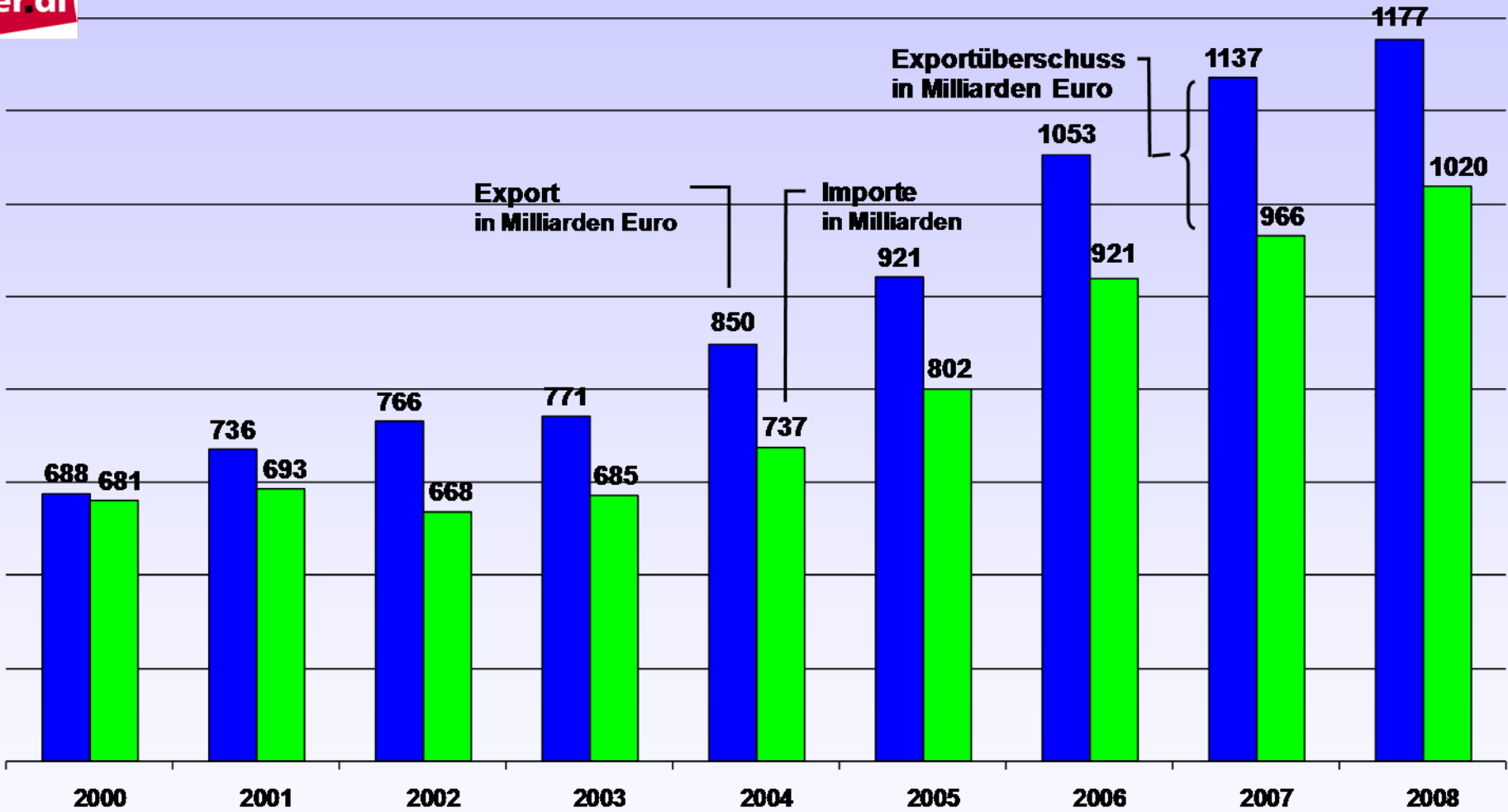
Wachstum (war) zunehmend exportgetrieben

- **Deutschland hat seit Jahren hohe Exporte und Exportüberschüsse;**
- **seit 2003 ist Deutschland Exportweltmeister;**
- **rund ein Zehntel aller weltweit exportierten Waren kommt heute aus Deutschland;**
- **Folge: Wachstum hängt stark am Export („Exportjunkie“).**



Deutsche Im- und Exporte

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

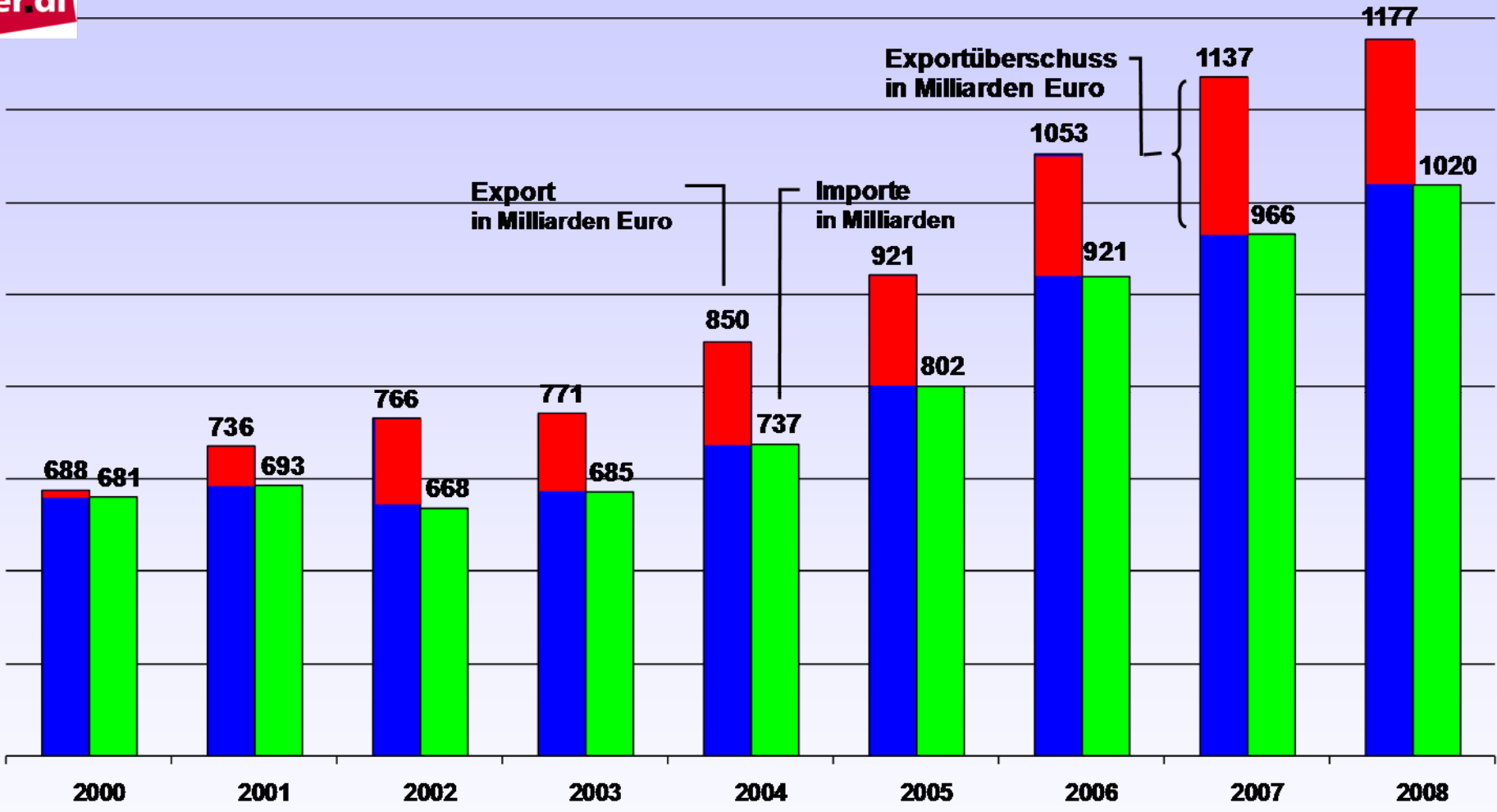


Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, März 2009



Deutsche Im- und Exporte

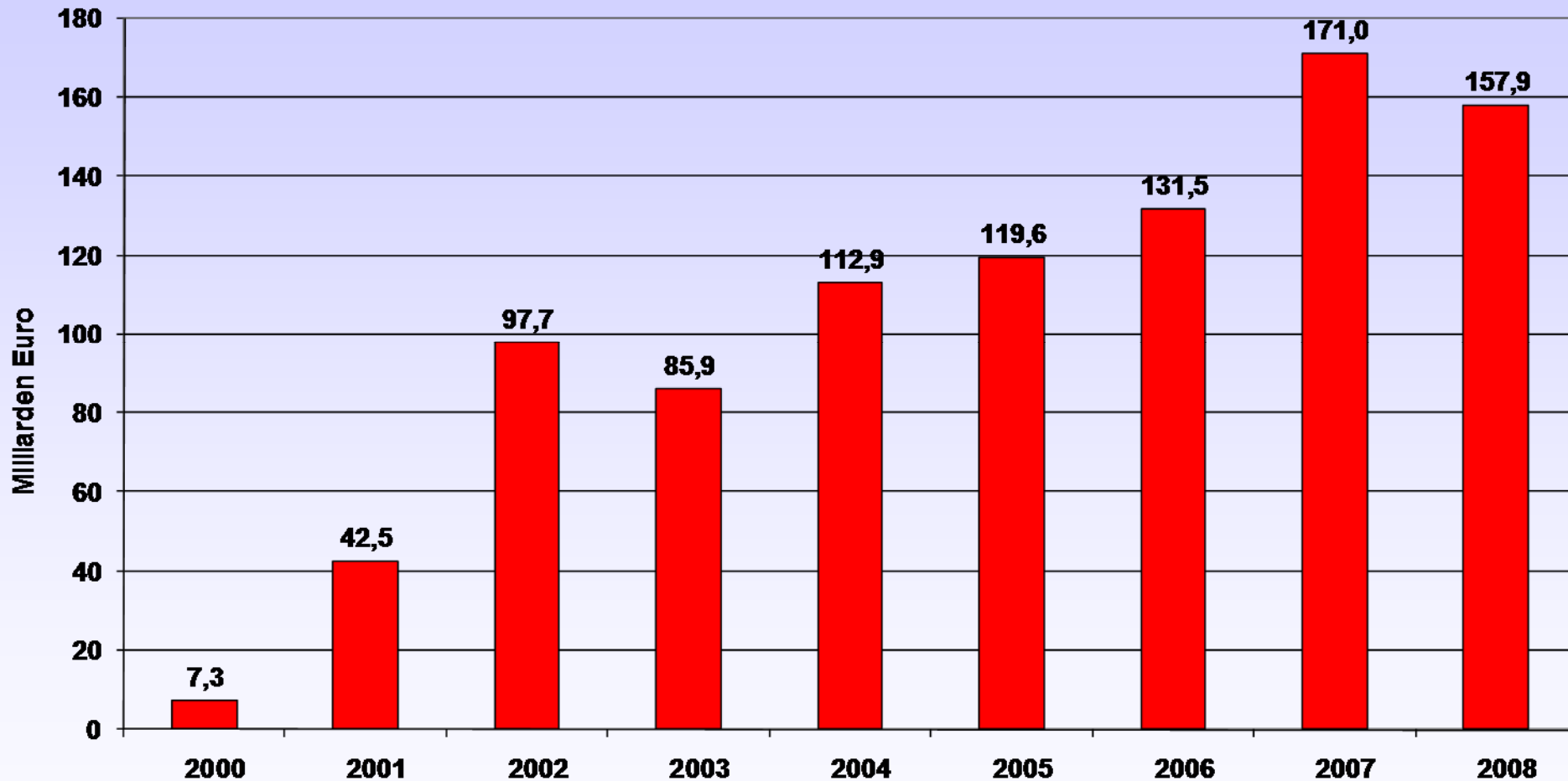
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, März 2009

Exportüberschuss am Limit

Saldo Waren und Dienstleistungen 1999 - 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Januar 2009

Globale Ungleichgewichte gigantisch gewachsen

Die fünf größten Überschuss- und Defizitländer

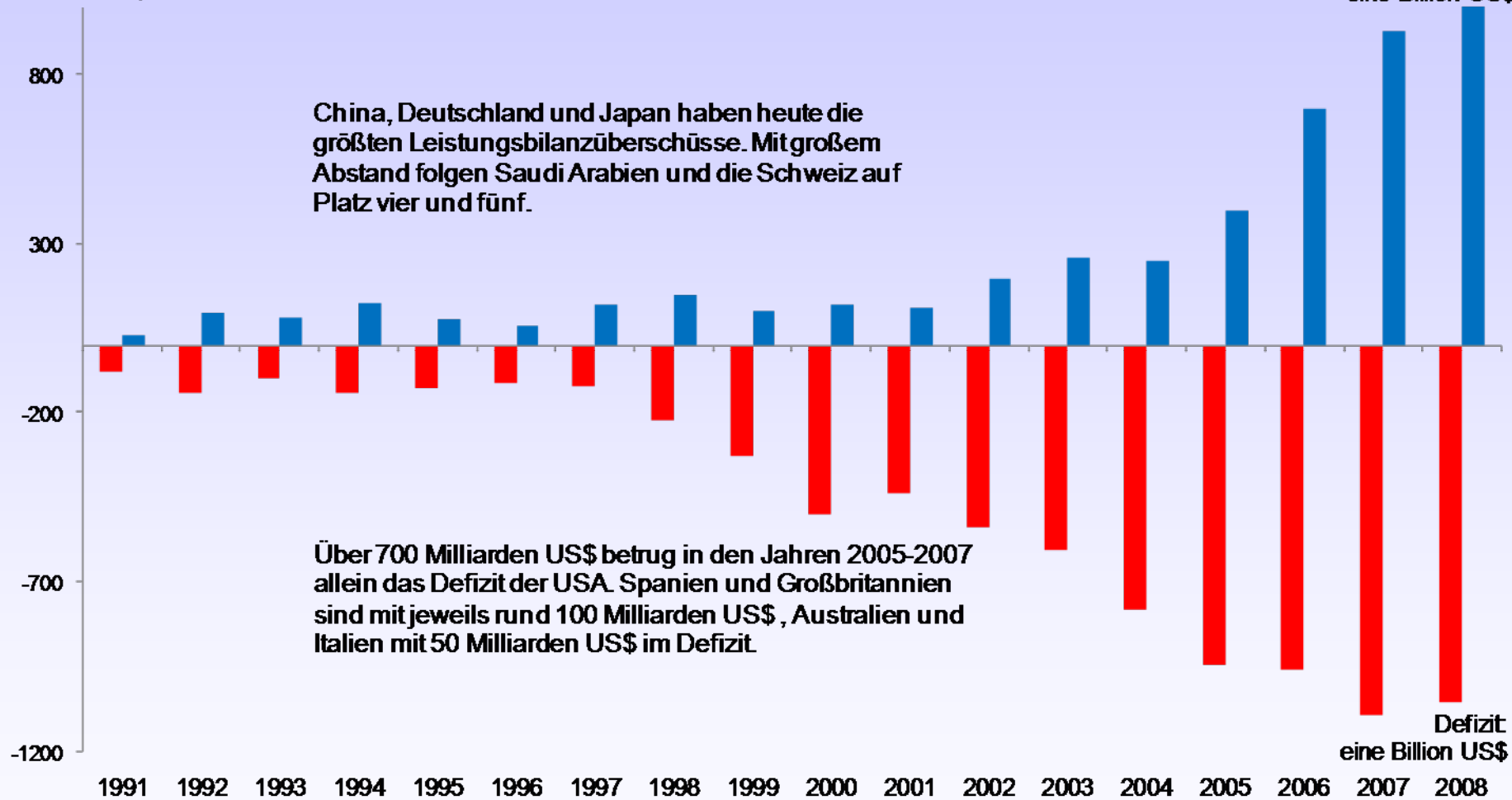
Milliarden US\$

China, Deutschland und Japan haben heute die größten Leistungsbilanzüberschüsse. Mit großem Abstand folgen Saudi Arabien und die Schweiz auf Platz vier und fünf.

Über 700 Milliarden US\$ betrug in den Jahren 2005-2007 allein das Defizit der USA. Spanien und Großbritannien sind mit jeweils rund 100 Milliarden US\$, Australien und Italien mit 50 Milliarden US\$ im Defizit.

Überschuss:
eine Billion US\$

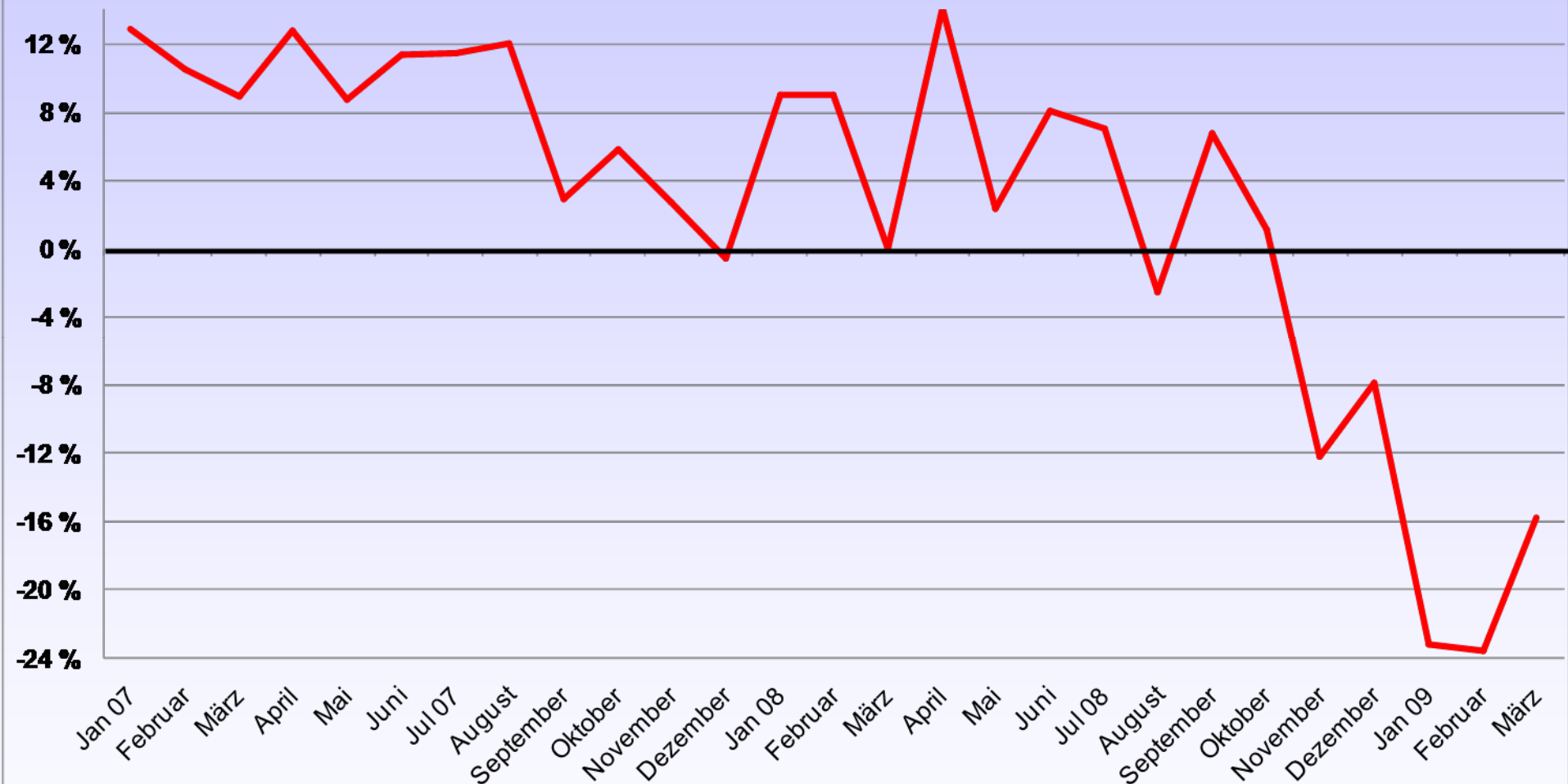
Defizit:
eine Billion US\$



Exporte stürzen ab

Warenausfuhren zum Vorjahresmonat in Prozent

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

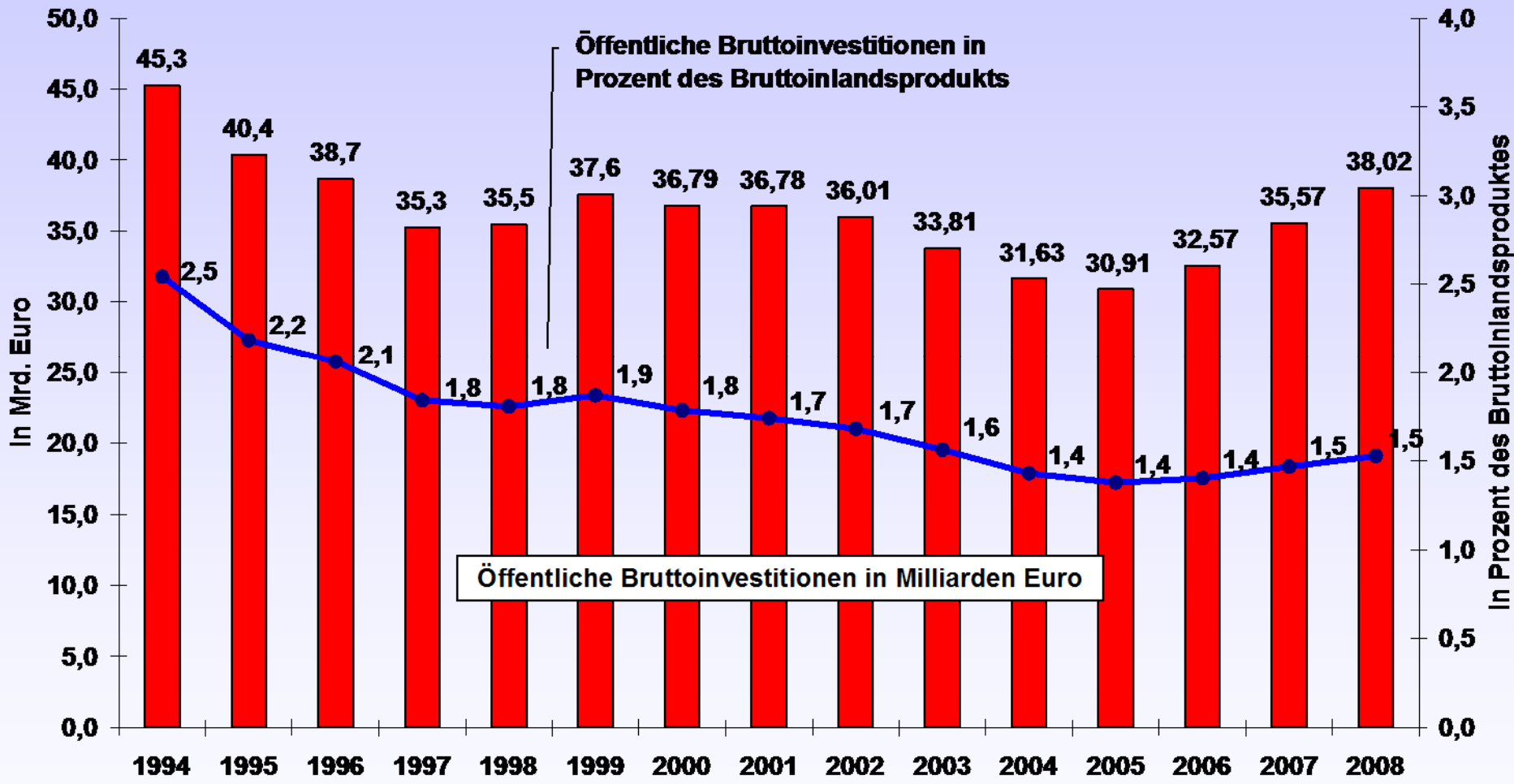


Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Schwache Binnennachfrage

- ... wegen der schwachen öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit
- ... wegen der schwachen Lohn- und Gehaltsentwicklung

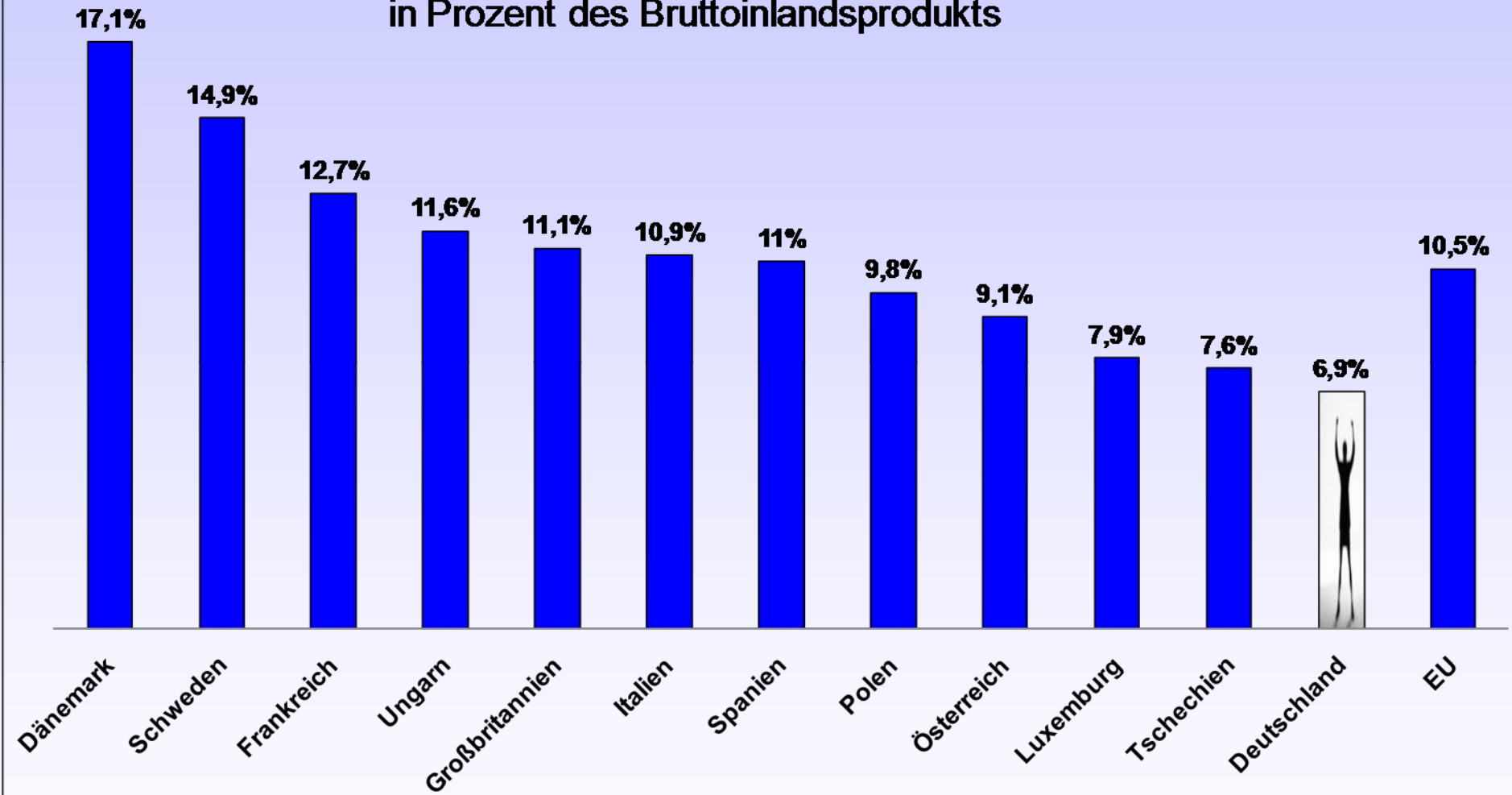
Öffentliche Investitionen



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Suppenkaspar Deutschland

Ausgaben für öffentlich Beschäftigte 2008 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Europäische Kommission

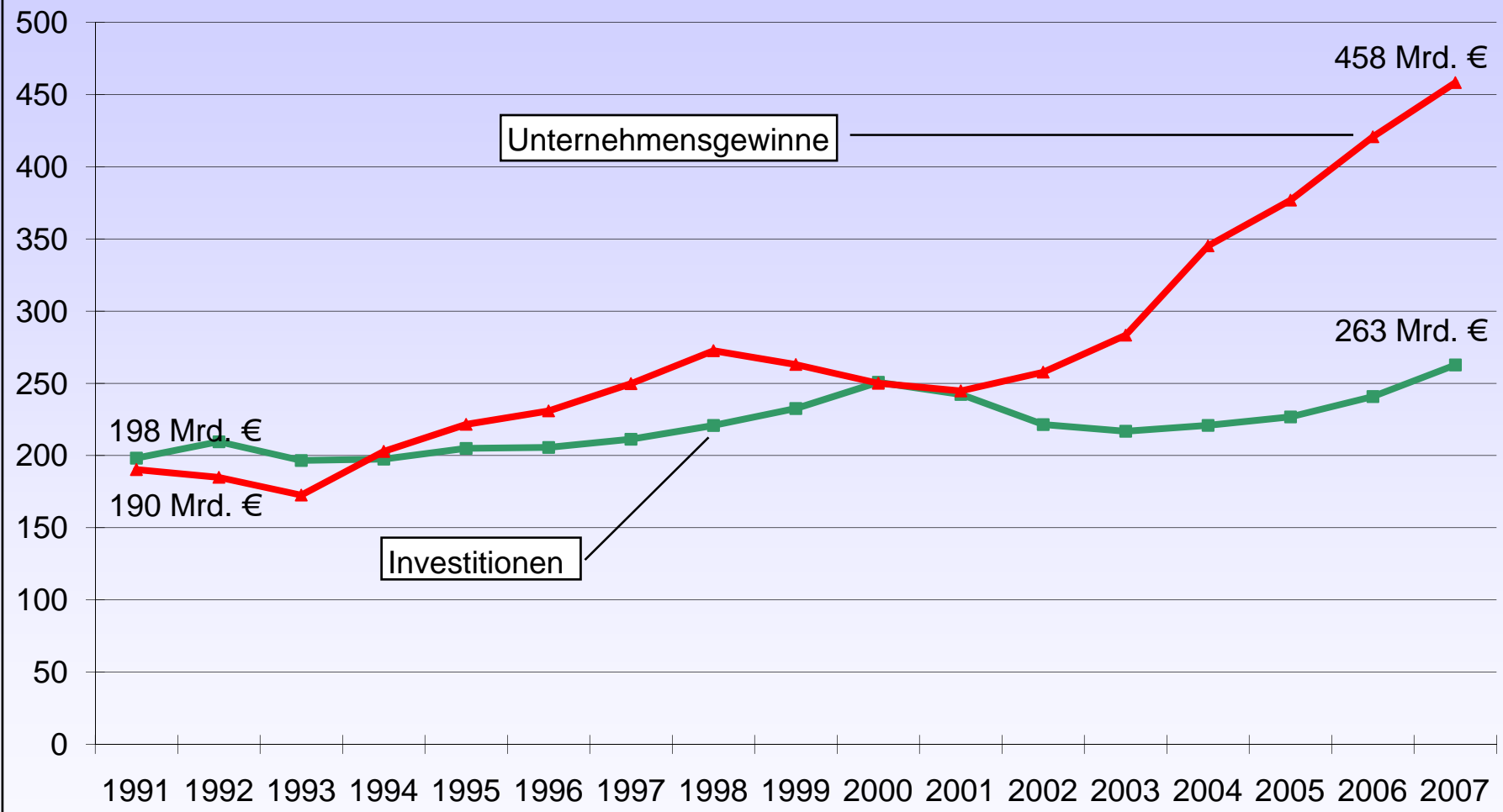
Ursache: Schwache Staatsfinanzen

- ... wegen mehrfacher und umfassender Steuersenkungen für Unternehmen, Reiche und Vermögende;
- ... wegen Verzicht auf die Wiedererhebung der Vermögensteuer;
- ... wegen Verzicht auf gesetzeskonformen Steuervollzug.



Gewinne und Investitionen

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

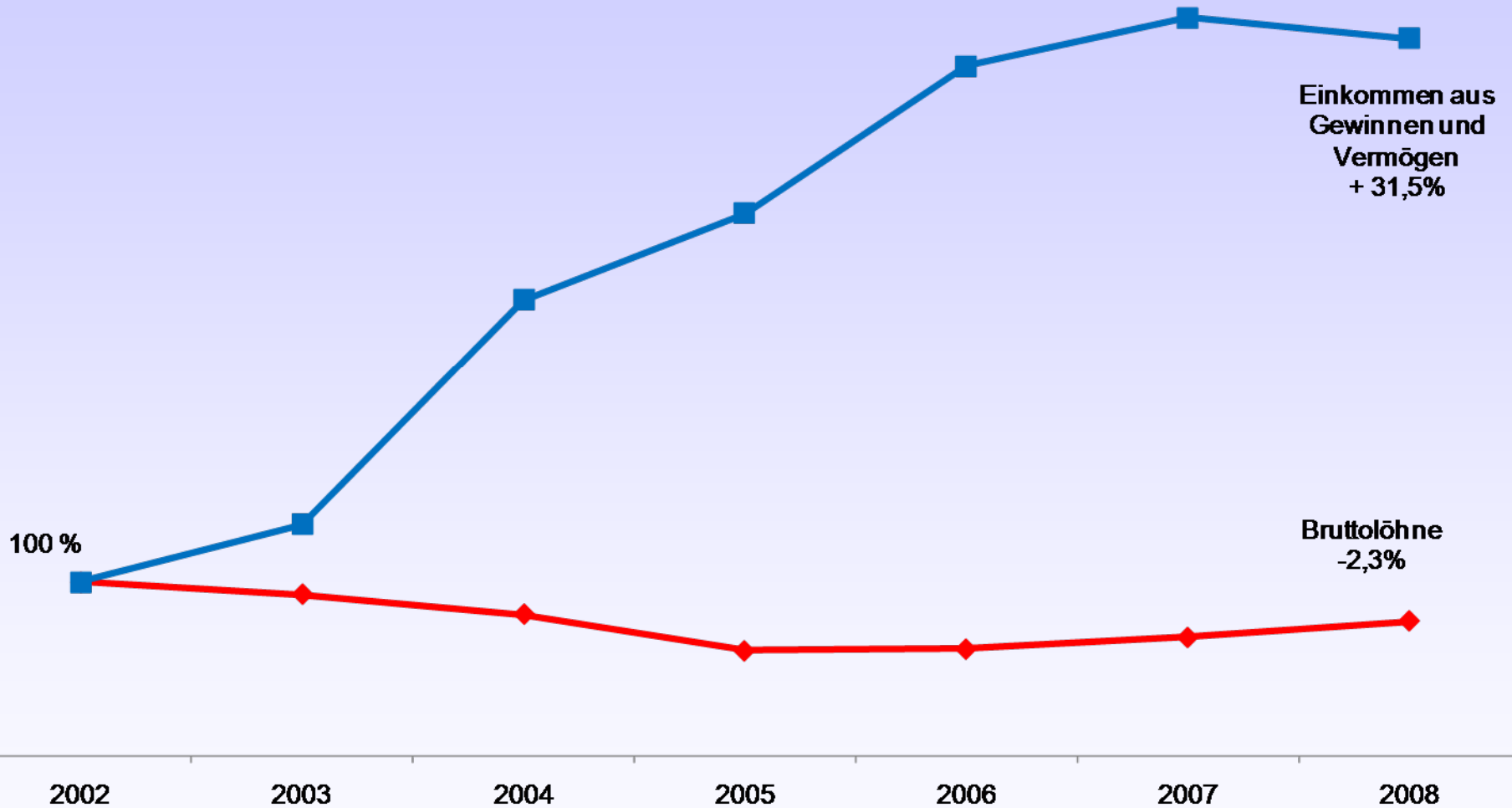


Quelle: Statistisches Bundesamt. Gewinne der Kapitalgesellschaften ohne empfangene Ausschüttungen. Inkl. Gewerbesteuern.

Fundamentale Schwäche bei der Lohnentwicklung

Kapitaleinkommen hängen Löhne ab

Zuwachs der realen Einkommen im Aufschwung seit 2002



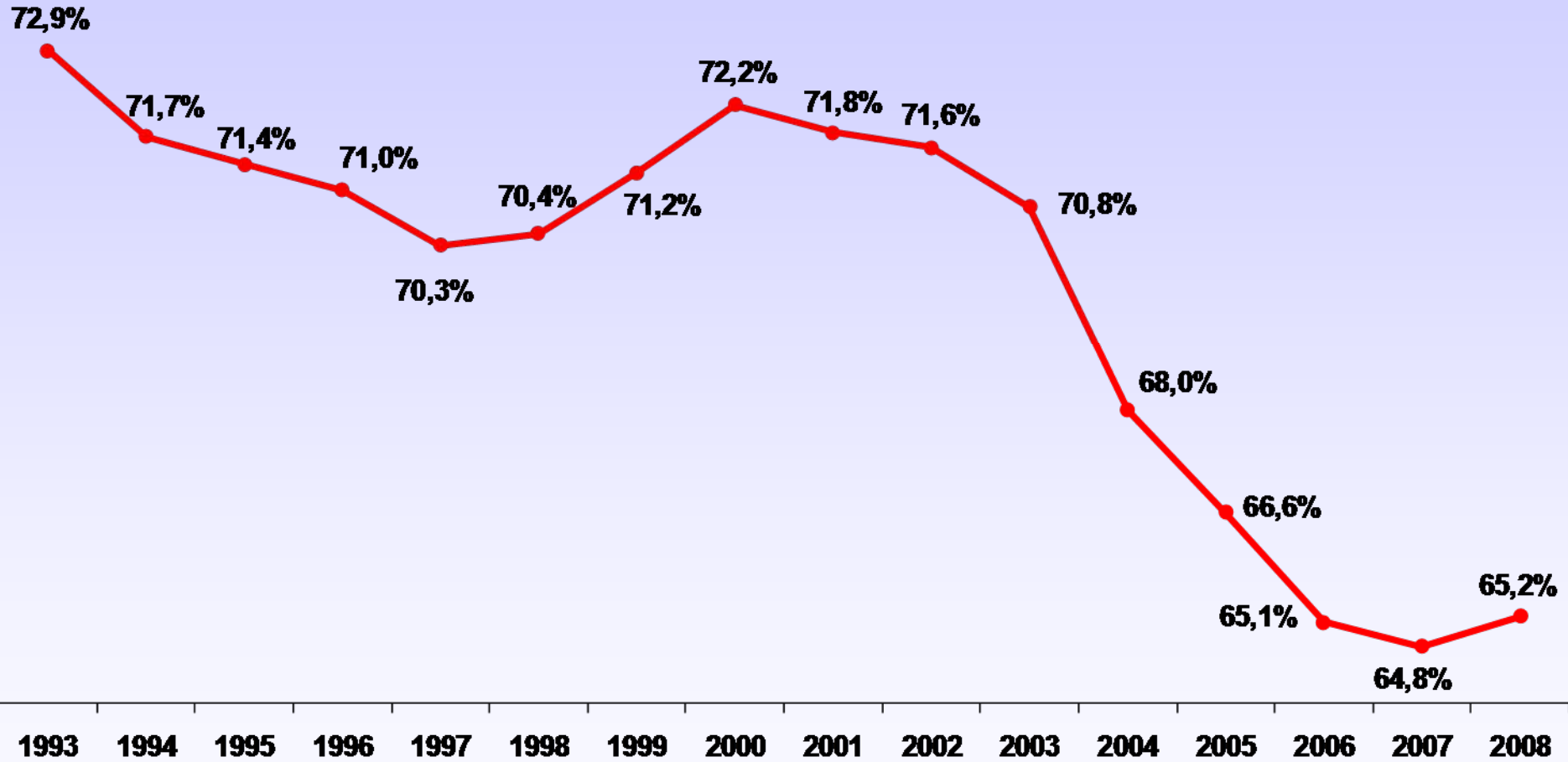
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnung



Absturz der Lohnquote

Anteil Arbeitnehmerentgelt am Volkseinkommen

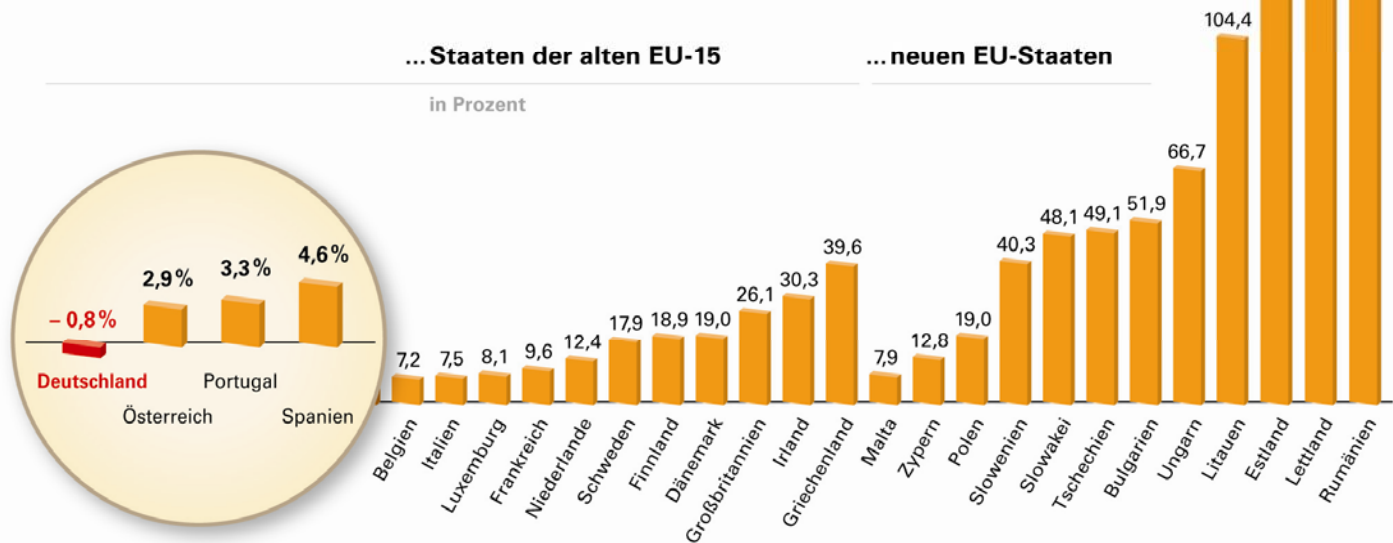
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Stand: Januar 2009)

Nur Deutschlands Reallöhne stagnieren

Im Zeitraum 2000 bis 2008 entwickelten sich die Reallöhne pro Kopf* in den...

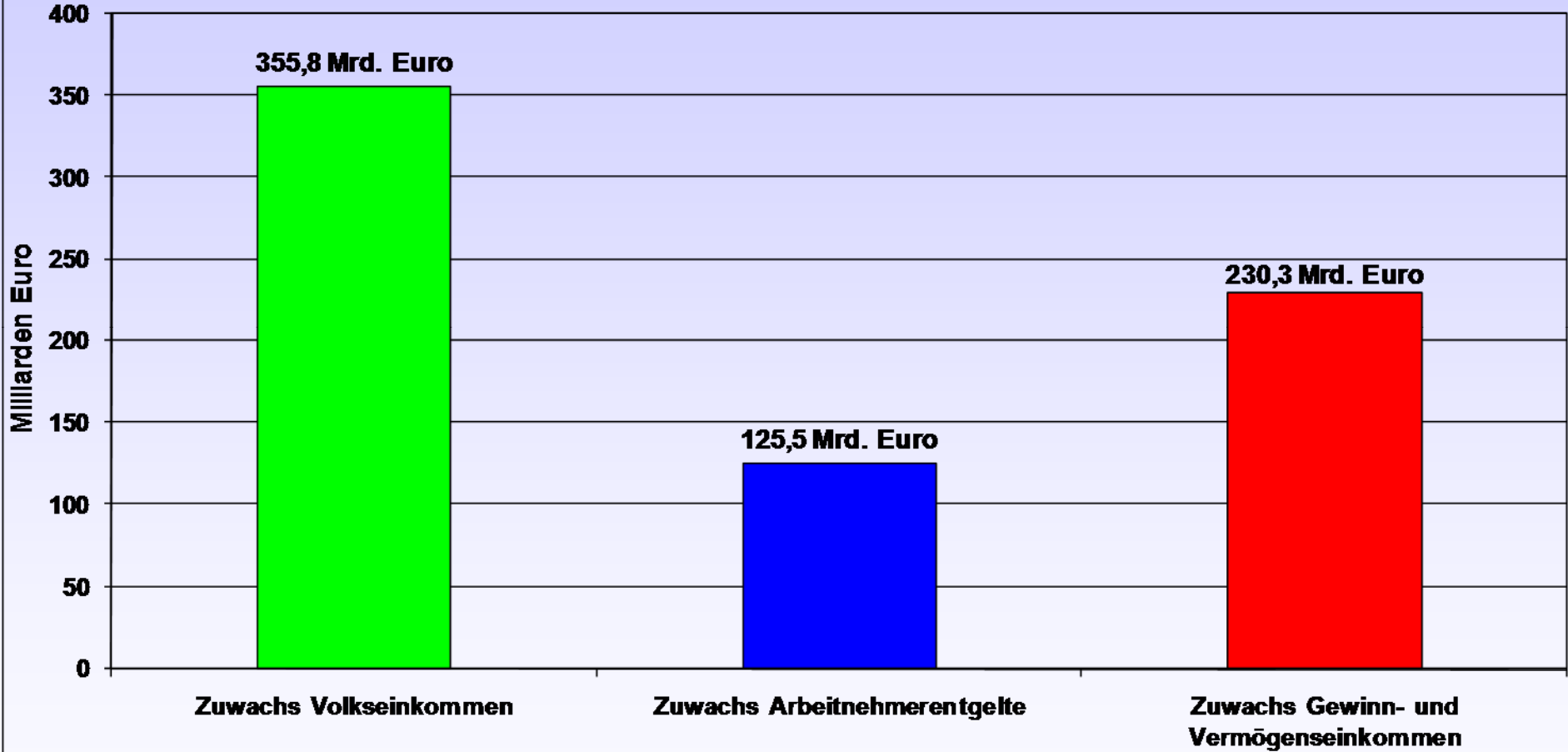


* Realeinkommen aus unselbstständiger Arbeit einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung; Werte für 2008 aus der Frühjahrsprognose der EU-Kommission
 Quelle: Europäische Kommission, Berechnungen WSI 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008



Verteilung des Volkseinkommens 2000 bis 2008

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

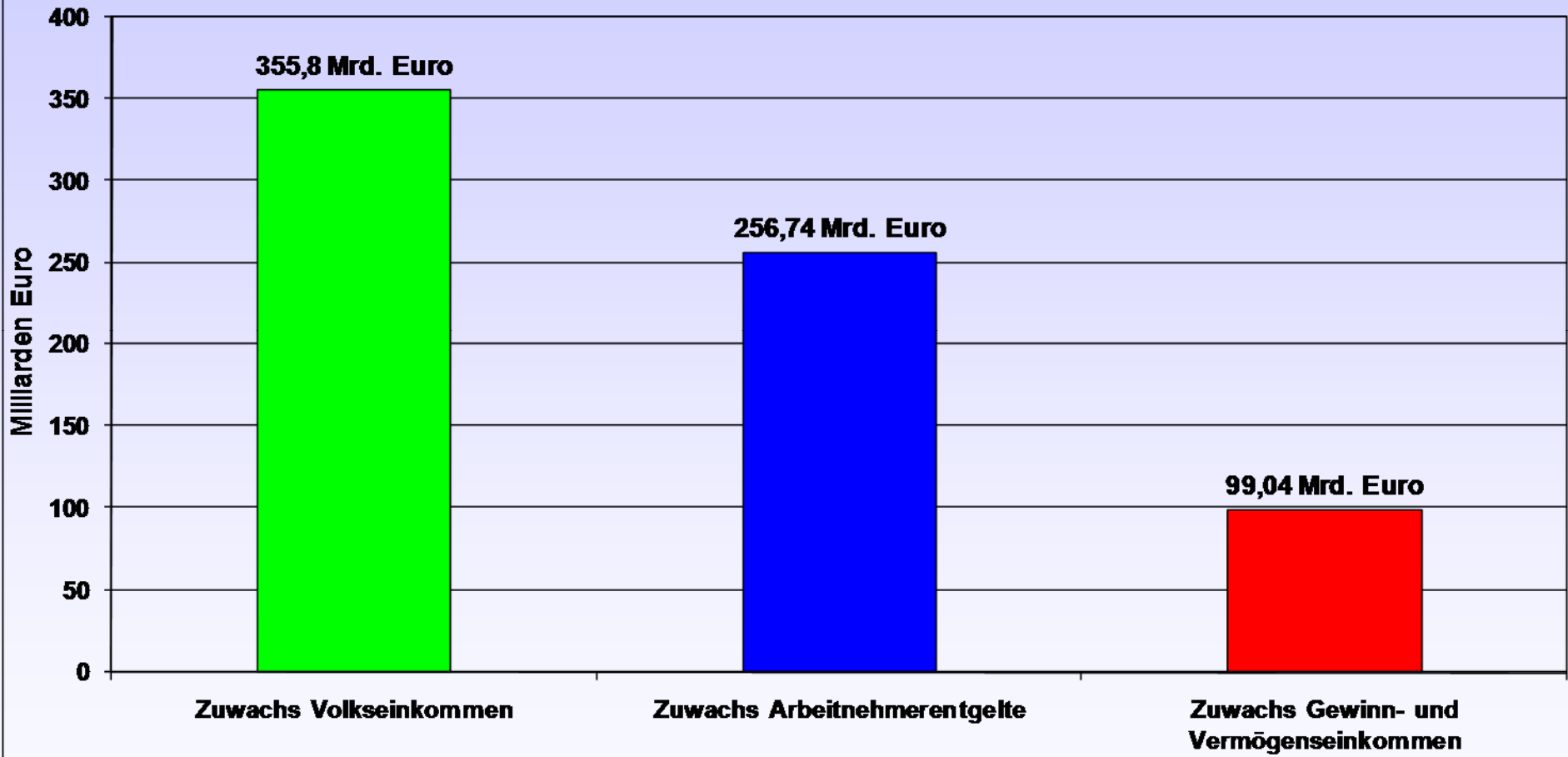


Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Stand: Januar 2009).



Verteilung des Volkseinkommens 2000 bis 2008 - Lohnquote wie 2000

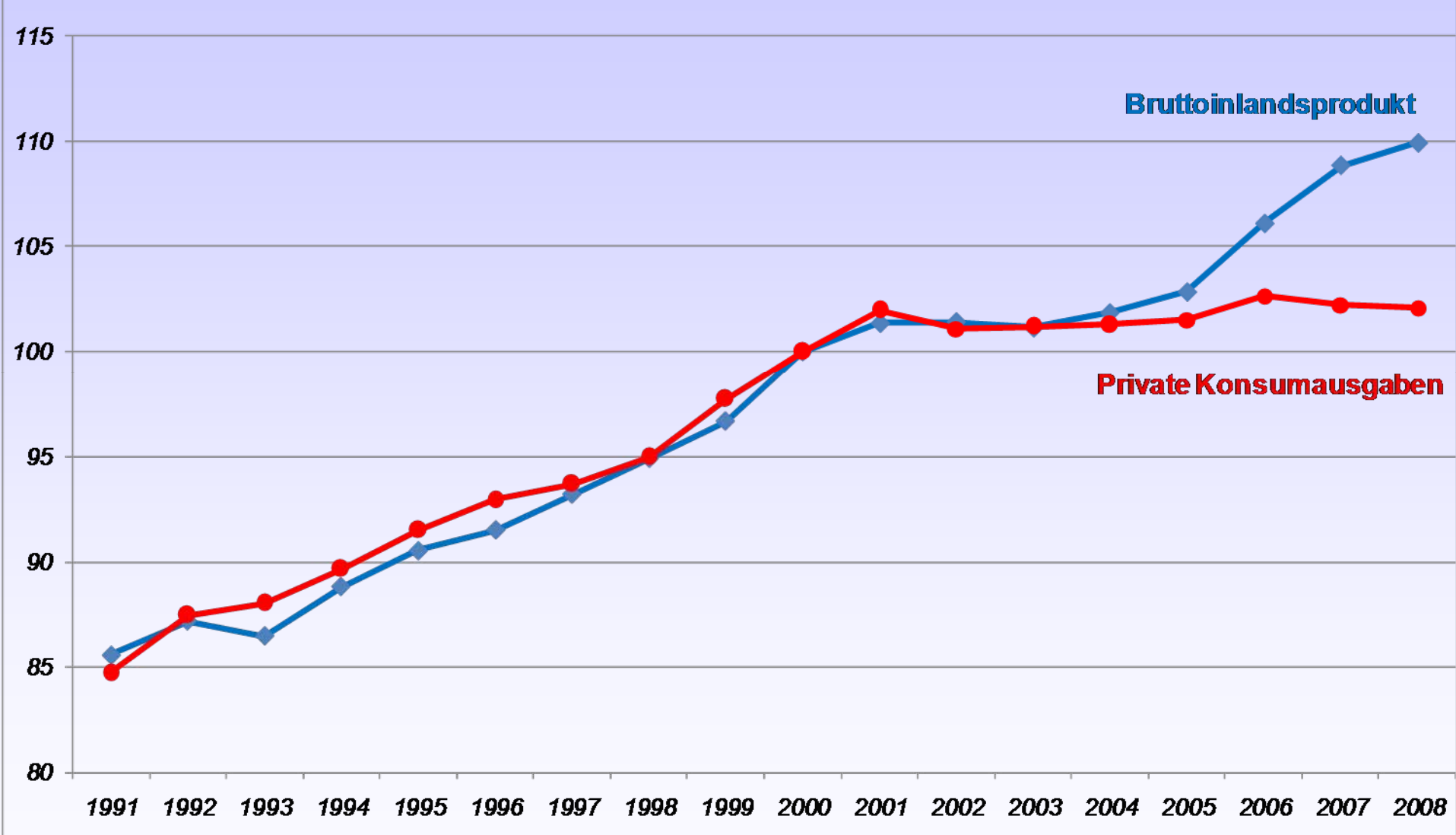
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Stand: Januar 2009).

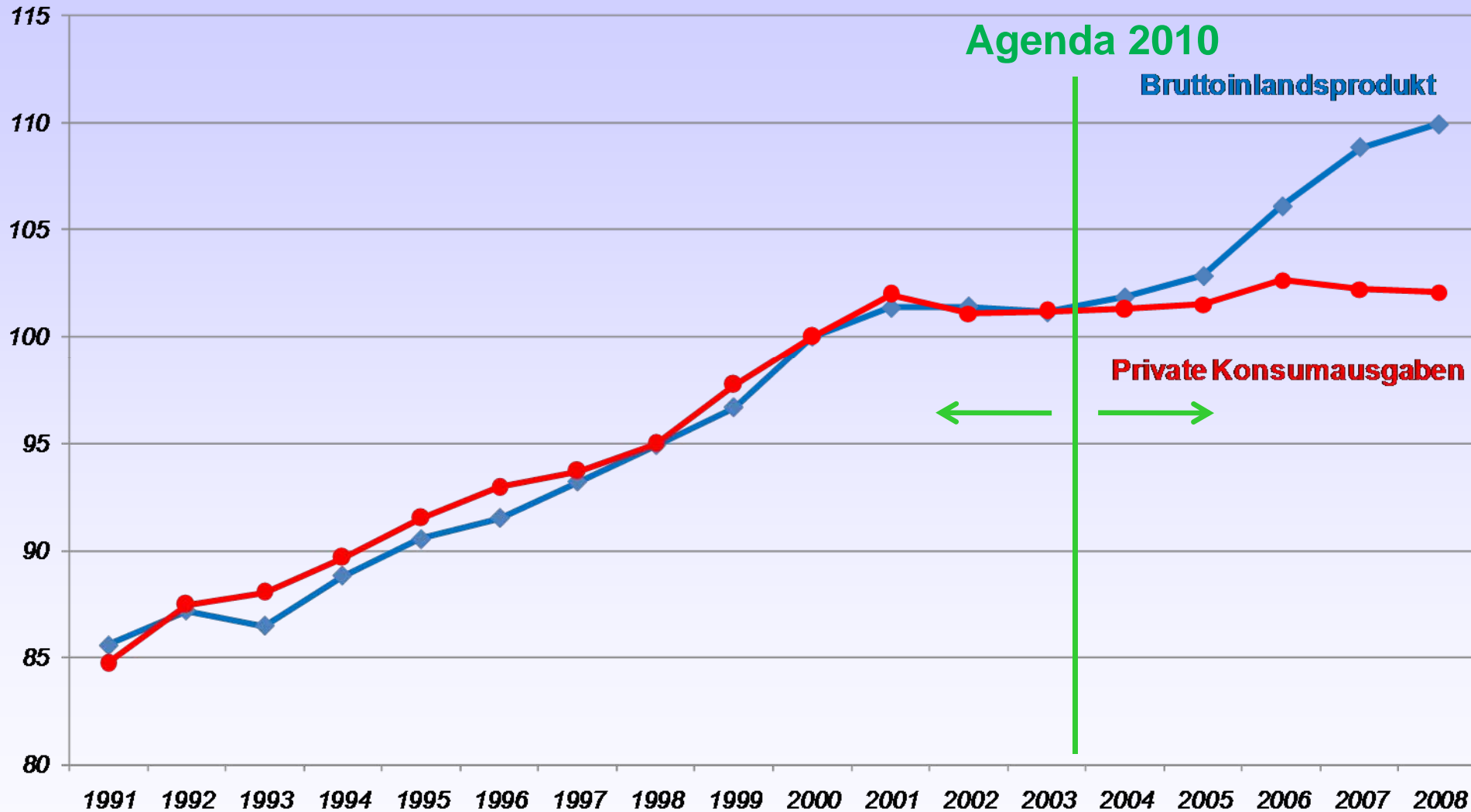
Konsumnachfrage abgehängt

Entwicklung von Wirtschaftswachstum und privatem Konsum (Jahr 2000 = 100 Prozent)



Konsumnachfrage abgehängt

Entwicklung von Wirtschaftswachstum und privatem Konsum (Jahr 2000 = 100 Prozent)



Reiche werden reicher, Arme noch ärmer

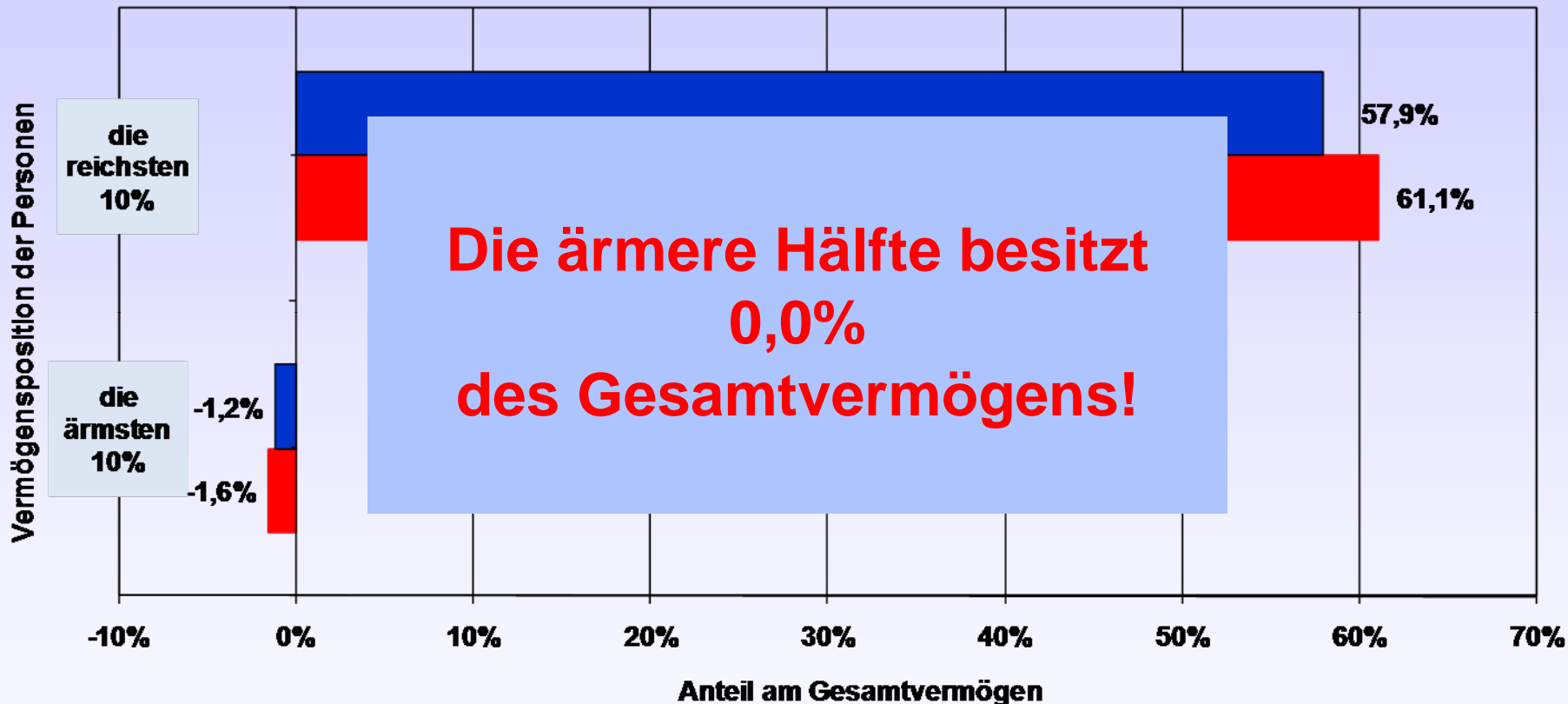
Vermögensverteilung in Deutschland 2002 und 2007



*Sachvermögen (Grundeigentum im In- und Ausland), Gebrauchsvermögen (u.a. Gold, Schmuck) plus Geldvermögen (Spar- und Bausparguthaben, Wertpapiere, Termingelder, Lebensversicherungen) abzüglich aller Schulden (Hypotheken, Konsumentenkredite).
Quelle: DIW Wochenbericht, 4/2009

Reiche werden reicher, Arme noch ärmer

Vermögensverteilung in Deutschland 2002 und 2007



*Sachvermögen (Grundeigentum im In- und Ausland), Gebrauchsvermögen (u.a. Gold, Schmuck) plus Geldvermögen (Spar- und Bausparguthaben, Wertpapiere, Termingelder, Lebensversicherungen) abzüglich aller Schulden (Hypotheken, Konsumentenkredite).
Quelle: DIW Wochenbericht, 4/2009

Kein anhaltender Aufschwung ohne steigende Einkommen!

- Ein Aufschwung kann nur dann anhalten, wenn die Löhne und damit die private Konsumnachfrage zum Wachstumsmotor wird.
 - Deshalb sind Lohnsteigerungen nicht Gift, sondern unverzichtbares Mittel für wirtschaftliches Wachstum (und auch gegen die Auswüchse auf den Finanzmärkten).
- Lohnstagnation ist das Problem.

**Niedrige Löhne und
Lohnstagnation sind nicht
die Lösung,
sie sind das Problem!**

... für Deutschland!

... für Europa!

Deutsche Lohnentwicklung gefährdet Währungsunion

„Es gibt nur drei Auswege:

*Auflösung der Europäischen Währungsunion,
langfristige Anpassung der Löhne oder
permanente Transfers von Deutschland an die
anderen.“*

Heiner Flassbeck, in: Junge Welt , 21.1.2009

Ursachen des Abschwungs

- **Das frühe Ende des Aufschwungs bereits ab Frühjahr 2008 war Folge falscher politischer Weichenstellungen!**
- **„Agenda 2010“-Befürworter in Erklärungsnot, warum die hochgelobten „Reformen“ plötzlich nicht mehr wirken, das „Wunder“ ausbleibt.**

**... da kam die
Finanzmarktkrise gerade
zur rechten Zeit!**

Ursachen der Finanzmarktkrise

- **Umverteilung:** Aufgrund niedriger Lohnerhöhungen sind in den letzten 10 Jahren allein in Deutschland weit über 500 Mrd. Euro zusätzlich in die Gewinne geflossen; zusammen mit den Steuersenkungen für Unternehmen kommt man auf eine Billion Euro.
- **Deregulierung:** Die Finanzmärkte konnten immer mehr zu einem Casino werden.
- **Spekulation:** Immer neue hochkomplexe „Finanzprodukte“ wurden geschaffen.
- **Kreditvergabe:** Ausufernde Kreditvergabe hat die Blase weiter aufgeblasen – bis zum Platzen.
- **Renditevorgaben:** Dimensionen völlig abgehoben.

„Das magische Viertel

25 Prozent Rendite soll die Deutsche Bank dieses Jahr schaffen, so will es ihr Chef Josef Ackermann. Doch dieses Ziel ist nicht nur utopisch – es ist auch gefährlich.“

Quelle: DIE ZEIT vom 03.02.2005

„Das magische Viertel“

„Dieser Schweizer träumt vom Mehr:

Wenn Josef Ackermann am Donnerstag vor die Presse tritt, wird er sagen, dass die Deutsche Bank 2004 so viel verdient hat wie seit vier Jahren nicht – aber eben nicht genug.

Er wird sagen, dass die Bank ihre Kosten deutlich gesenkt hat – dass aber noch einmal Tausende Stellen wegfallen. (...)

**Vor allem aber wird er sagen, dass alles nur dazu dient, ein großes Ziel zu erreichen:
25 Prozent Eigenkapitalrendite vor Steuern.“**

Quelle: DIE ZEIT vom 03.02.2005

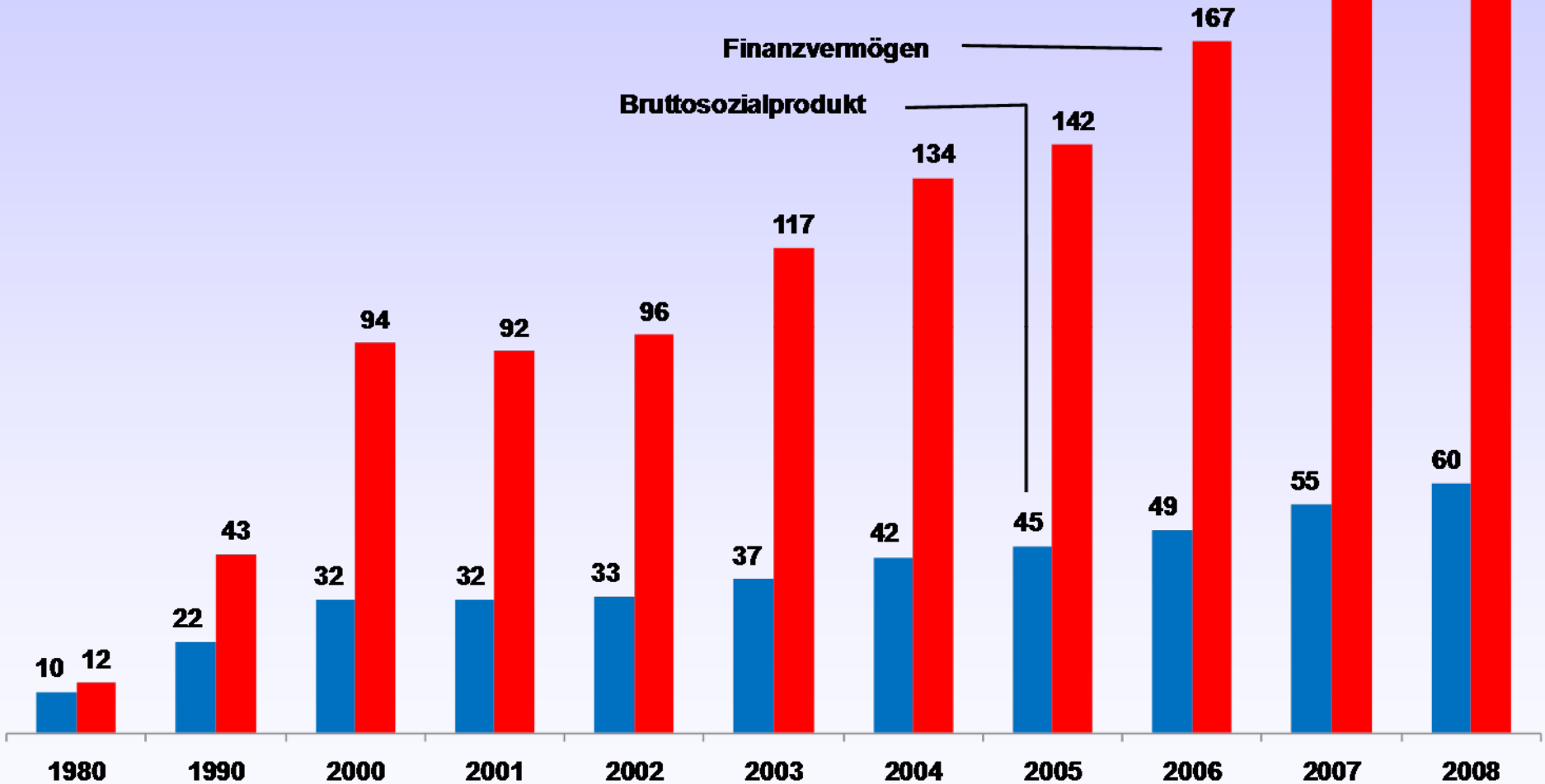
Umdenkprozess???

„Wenn ein Investor mit seinem Portfolio die Inflation plus zwei bis vier Prozent verdient, dann macht er einen guten Job. Alles andere ist völlig unrealistisch und völlig übertrieben.“

**Allianz-Vorstand Joachim Faber
in der „WELT am Sonntag“ vom 04.01.2009**

Völlig losgelöst?

Entwicklung von Bruttosozialprodukt und Finanzvermögen weltweit, in Billionen Dollar



Quelle: McKinsey: Mapping Global Markets, Oktober 2008

ver.di Schätzung

Folgen der platzenden Blase

- Plötzlich erwiesen sich „Wert“papiere als wertlos;
- Krediten fehlte die Absicherung;
- Kredite erwiesen sich zunehmend als „faul“, d.h. Geldgeber bleiben auf ihren Forderungen sitzen;
- Geldgeber ziehen ihre Einlagen zurück – und verschärfen so die Liquiditätskrise;
- Banken werden illequide oder drohen es zu werden;
- Banken misstrauen sich plötzlich und leihen sich untereinander kein Geld mehr;
- Finanz- und Kreditströme drohen zum Erliegen zu kommen.

**Bislang vernichtete die
Finanzmarktkrise
Vermögens„werte“ in Höhe von
weltweit 50 Bill. US-Dollar!**

Angaben lt. Asiatische Entwicklungsbank ADB vom März 2009

Ansteckungswege

- massiver **Nachfrageausfall** wegen des Zusammenbruchs von Spekulation und Kreditfinanzierung (private Haushalte und Finanzinvestoren)
- **USA** fallen als weltweite Konjunkturlokomotive aus (weltwirtschaftliche Zeitenwende)
- Verschlechterung der **Finanzierungsbedingungen** für Unternehmen (höhere Sicherheiten und Zinsen, Verweigerung von Krediten)
- **Offensichtlich werdende Überschuldung** von Unternehmen (= Geschäftsmodell von Firmenübernahmen der Vergangenheit)

Der Staat reagiert...

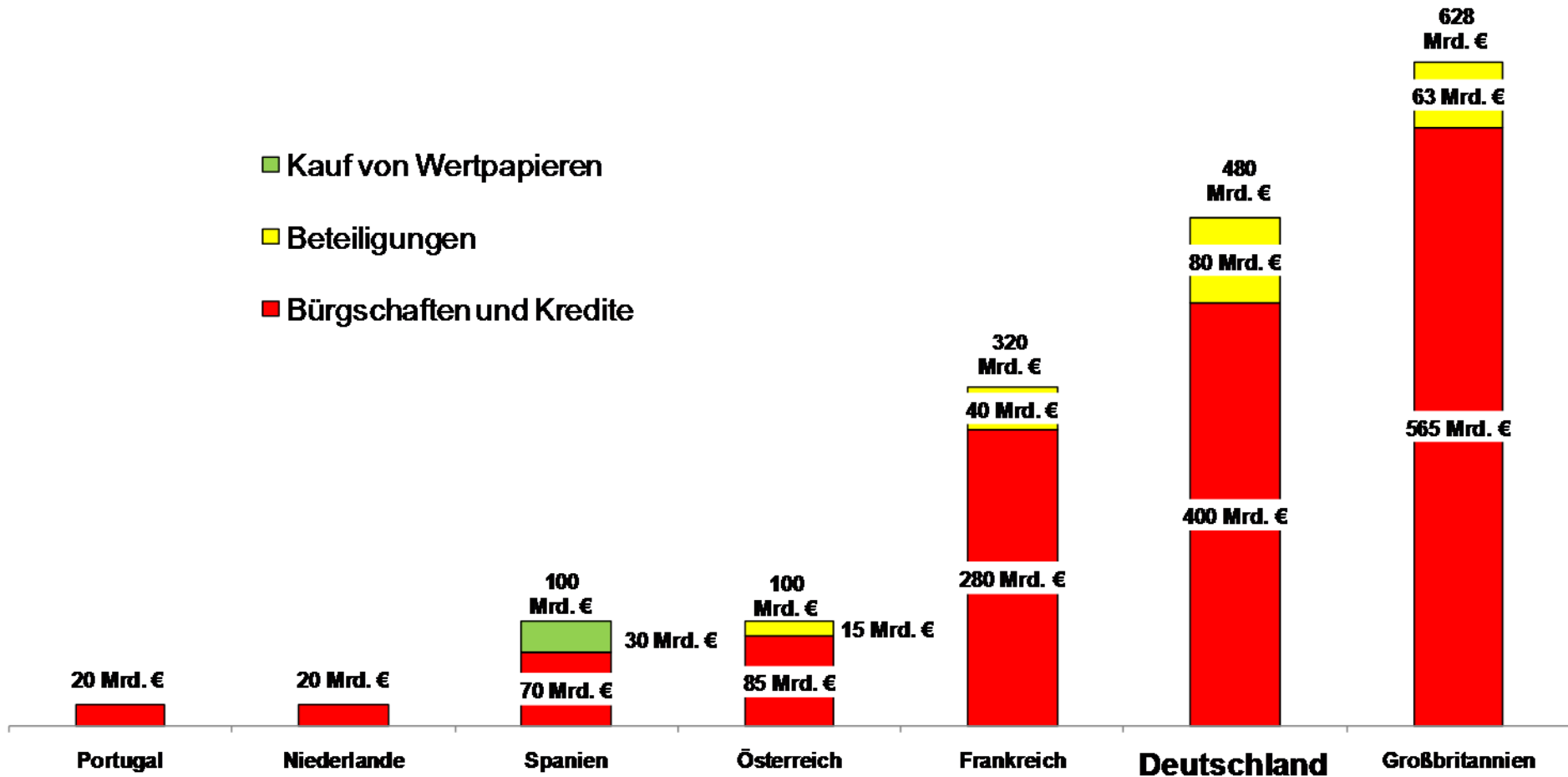
... mit Bürgschaften und Krediten



Insgesamt fast 1,7 Billionen Euro Rettungspakete für Banken in Europa

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

- Kauf von Wertpapieren
- Beteiligungen
- Bürgschaften und Kredite



Der Staat reagiert...

... mit Konjunkturpaketen:

Konjunkturpaket I (5. November 2008)

Konjunkturpaket II (13. Januar 2009)

**Zu klein, zu wenig effektiv,
falsche Anreize und zudem
sozial ungerecht!**

Konjunkturpakete I + II

- **Gesamtvolumen 2008-2010: 3 % des BIP
(= 1 % pro Jahr) (USA 5,6 %)**
- **Anteil für öffentliche Investitionen nur knapp
0,3 % pro Jahr**
- **Wachstumseffekt 0,6 % pro Jahr (USA 1,4 %)**

**Wenn das ganze Volumen der deutschen Pakete
wenigstens in öffentliche Ausgaben fließen würde,
wäre die Wirkung doppelt so hoch.**

Konsequenzen aus ver.di-Sicht

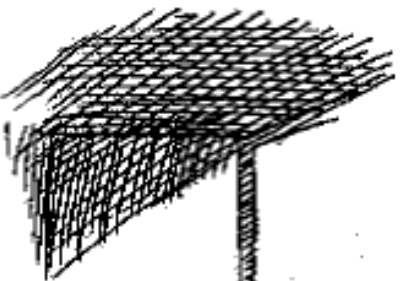
Konsequenzen aus ver.di-Sicht

- **Sofort: Staat als Krisenfeuerwehr notwendig (Liquidität sicherstellen!)**
- **Massives Konjunkturprogramm**
- **Re-Regulierung der Finanzmärkte**
- **Stop der Privatisierung der Renten**
- **und vor allem:
Umverteilung von oben nach unten und
Stärkung der Binnennachfrage**

Konsequenzen aus ver.di-Sicht

- **Sofort: Staat als Krisenfeuerwehr notwendig
(Liquidität sicherstellen!)**
- **Massives Konjunkturprogramm**
- **Re-Regulierung der Finanzmärkte**
- **Stop der Privatisierung der Renten**
- **und vor allem:
Umverteilung von oben nach unten und
Stärkung der Binnennachfrage**

50 Milliarden auf die Hand, Frau Merkel — oder wir lassen den ganzen Laden hier in die Luft fliegen!!



Bank



DER NEUE TERRORISMUS

K.S. 08

Krisenfeuerwehr – unter klaren Bedingungen

- **Finanzielle Hilfsmaßnahmen müssen dem Motto folgen: **Kein Geld ohne Gegenleistung.****
- **Klare Pleitekandidaten würde so sofort in öffentliches Eigentum überführt.**
- **So würde alles sozialisiert: Die Verluste, aber auch kommende Gewinne.**
- **Die Sozialisierung der Verluste bei Privatisierung der Gewinne würde verhindert.**

Konsequenzen aus ver.di-Sicht

- **Sofort: Staat als Krisenfeuerwehr notwendig (Liquidität sicherstellen!)**
- **Massives drittes Konjunkturpaket**
- **Re-Regulierung der Finanzmärkte**
- **Stop der Privatisierung der Renten**
- **und vor allem:
Umverteilung von oben nach unten und
Stärkung der Binnennachfrage**

III. Konjunkturpaket

- ver.di fordert 100 Milliarden Euro jährliche Mehrausgaben in Bildung, Soziales und ökologischen Umbau – zunächst bis 2011:
- 75 Milliarden zusätzliche öffentliche Ausgaben für Investitionen und Personal
- 25 Milliarden für ein arbeitsmarktpolitisches Sofortprogramm

Danach sollen 50 Milliarden dauerhaft zusätzlich für Arbeit, Bildung und Umwelt investiert werden.

Konsequenzen aus ver.di-Sicht

- **Sofort: Staat als Krisenfeuerwehr notwendig (Liquidität sicherstellen!)**
- **Massives Konjunkturprogramm**
- **Re-Regulierung der Finanzmärkte**
- **Stop der Privatisierung der Renten**
- **und vor allem:
Umverteilung von oben nach unten und
Stärkung der Binnennachfrage**

Re-Regulierung der Finanzmärkte

1. **Alle Banken, Finanzmärkte und Finanzprodukte müssen streng und lückenlos reguliert werden**
2. **Verbot von Zweckgesellschaften: Alle Geschäfte müssen in den Bilanzen der Banken erfasst werden.**
3. **Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen**
4. **Einführung eines Finanz-TÜV**
5. **Risikoeinschätzung durch öffentliche Rating-agenturen**
6. **Finanztransaktionssteuer**
7. **neues Weltwährungs- und Finanzsystem**
8. **Abbau von Ungleichgewichten in den Leistungsbilanzen der Länder**

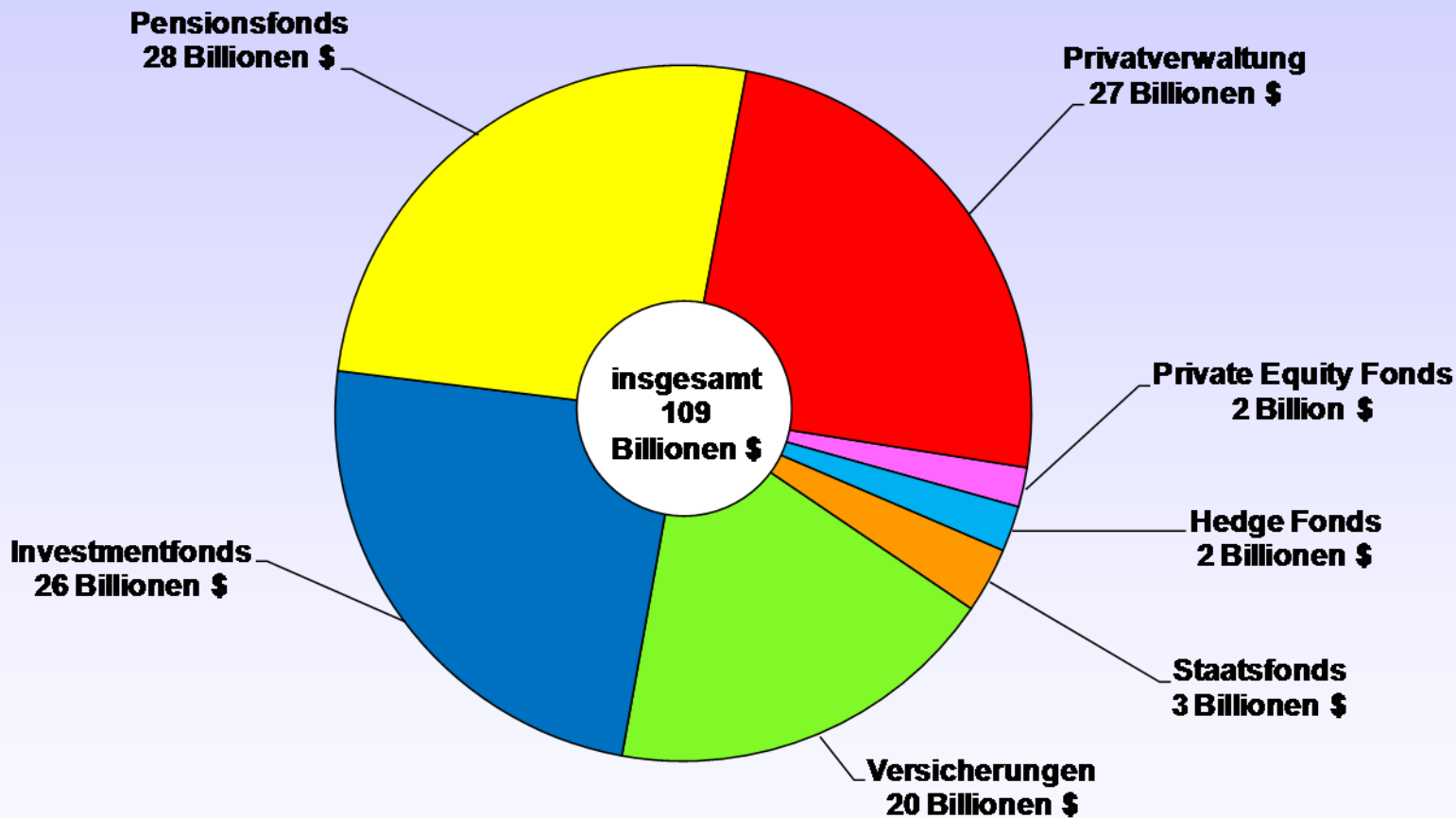
Vordringliche nationale Agenda

- **Bessere Kontrollmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte für Betriebs- und Aufsichtsräte**
- **Verbot der Überwälzung von Krediten auf das übernommene Unternehmen**
- **Beschränkung von Sonderausschüttungen**
- **Stimmrecht auf Hauptversammlungen abhängig von Mindesthaltedauer**
- **Leerverkäufe verbieten**
- **Wiederbesteuerung von Veräußerungsgewinnen**
- **Besteuerung von Private Equity-Unternehmen**
- **Begrenzung der Managervergütung; Ausrichtung der Kriterien auf langfristigen Erfolg**

Konsequenzen aus ver.di-Sicht

- **Sofort: Staat als Krisenfeuerwehr notwendig (Liquidität sicherstellen!)**
- **Massives Konjunkturprogramm**
- **Re-Regulierung der Finanzmärkte**
- **Stop der Privatisierung der Renten**
- **und vor allem:
Umverteilung von oben nach unten und
Stärkung der Binnennachfrage**

Weltweit angelegtes Vermögen 2007



Quelle: IFSL, Fund Management Oktober 2008

Konsequenzen aus ver.di-Sicht

- **Sofort: Staat als Krisenfeuerwehr notwendig (Liquidität sicherstellen!)**
- **Massives Konjunkturprogramm**
- **Re-Regulierung der Finanzmärkte**
- **Stop der Privatisierung der Renten**
- **und vor allem:**
Umverteilung von oben nach unten und
Stärkung der Binnennachfrage

Vordringliche gewerkschaftliche Agenda

- Stärkung der Binnennachfrage durch Erhöhung der Löhne und Gehälter;
- gesetzlicher Mindestlohn, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (→ Abbau des Niedriglohnsektors, Zurückdrängung von Mini-Jobs und Leiharbeit);
- Zukunftsinvestitionen und mehr soziale Dienstleistungen → **ver.di-Zukunftsinvestitionsprogramm**
- höhere Besteuerung von Vermögen, hohen Einkommen und Gewinnen → **ver.di-Steuerkonzept**;
- Stärkung statt Abbau des Sozialstaats, Bürgerversicherung;
- Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung.



In unsere Zukunft investieren

für Arbeit, Bildung, Umwelt
und ein besseres Leben

In unsere Zukunft investieren	1
Kinder sind unsere Zukunft	4
Bildung – Grundlage für unseren Reichtum	6
In Hochschulen und Forschung investieren	8
Gesundheit und Pflege – In Menschlichkeit investieren	10
Verkehrsinfrastruktur vor dem Kollaps	12
Kulturförderung – eine Investition in die Zukunft	14
Das öffentliche Kanalnetz in Auflösung	16
Energie sparen – erneuerbare Energien nutzen	18
1.000.000 sinnvolle Arbeitsplätze	20
Konzepte von vorgestern?	22
Woher 40 Milliarden Euro nehmen?	23



Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft

Vordringliche gewerkschaftliche Agenda

- Stärkung der Binnennachfrage durch Erhöhung der Löhne und Gehälter;
- gesetzlicher Mindestlohn, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (→ Abbau des Niedriglohnsektors, Zurückdrängung von Mini-Jobs und Leiharbeit);
- Zukunftsinvestitionen und mehr soziale Dienstleistungen → **ver.di-Zukunftsinvestitionsprogramm**
- höhere Besteuerung von Vermögen, hohen Einkommen und Gewinnen → **ver.di-Steuerkonzept**;
- Stärkung statt Abbau des Sozialstaats, Bürgerversicherung;
- Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung.



Konzept Steuer-gerechtigkeit

Mehr Steuergerechtigkeit, mehr Binnennachfrage

Einkommensteuer – Tarif gerecht gestalten

Mehr brutto für mehr netto!

Familien fördern – Reform des Ehegattensplitting

Reform der Entfernungspauschale

Zahlen die Reichen zu viel?

Vermögen gerecht besteuern

Erbschaftsteuer reformieren – aber richtig!

Unternehmensgewinne wieder stärker besteuern

Gemeindefinanzen stärken: Gemeindegewerbesteuer

Finanztransaktionsteuer

Kapital – das „scheue Reh“

Verbesserung des Steuervollzugs

- 1
- 4
- 6
- 8
- 9
- 10
- 12
- 14
- 16
- 22
- 24
- 26
- 28

Gerechte Steuern für mehr Zukunftsvorsorge



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Konzept Steuergerechtigkeit

Hier soll etwas geändert werden	So viel fließt mehr (+) in die Staatskasse
Lohn- und Einkommensteuer	+ 4 Milliarden Euro
Vermögensteuer	+ 20 Milliarden Euro
Erbschaftsteuer	+ 6 Milliarden Euro
Unternehmensteuer	+ 20 Milliarden Euro
Gemeindewirtschaftsteuer	+ 3 Milliarden Euro
Finanztransaktionsteuer	+ 10 Milliarden Euro
Steuervollzug	+ 12 Milliarden Euro
insgesamt	+ 75 Milliarden Euro

Vordringliche gewerkschaftliche Agenda

- Stärkung der Binnennachfrage durch Erhöhung der Löhne und Gehälter;
- gesetzlicher Mindestlohn, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (→ Abbau des Niedriglohnsektors, Zurückdrängung von Mini-Jobs und Leiharbeit);
- Zukunftsinvestitionen und mehr soziale Dienstleistungen → **ver.di-Zukunftsinvestitionsprogramm**
- höhere Besteuerung von Vermögen, hohen Einkommen und Gewinnen → **ver.di-Steuerkonzept**;
- Stärkung statt Abbau des Sozialstaats, Bürgerversicherung;
- Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung.

Großdemonstration

16. Mai
(u.a. Berlin)

Ich hoffe,
wir sehen uns!

Vielen Dank!

www.wipo.verdi.de

ver.di/Bereich Wirtschaftspolitik